

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Regionale Wirtschaftsförderung - RGW-Ratstagung - Entwicklungsländer - Erdöl - Luftverkehr

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1978) : Kurz kommentiert: Regionale Wirtschaftsförderung - RGW-Ratstagung - Entwicklungsländer - Erdöl - Luftverkehr, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 58, Iss. 7, pp. 325-326

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135207>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Regionale Wirtschaftsförderung

Großes Manko

Im Juni verabschiedeten die Wirtschaftsminister von Bund und Ländern den 7. Rahmenplan für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“. Er sieht vor, durch die Förderung privater Investitionen von jährlich rund 11,5 Mrd. DM und kommunaler Investitionen zur Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur in Höhe von jährlich rund 500 Mill. DM bis zum Jahre 1981 301 000 neue Arbeitsplätze zu schaffen und 167 000 gefährdete Arbeitsplätze zu sichern. 1978 sollen dafür 848 Mill. DM (jeweils zur Hälfte von Bund und Ländern) als Zuschüsse sowie rund 746 Mill. DM Investitionszulagen zur Verfügung stehen.

Es ist zu begrüßen, daß mit diesen Mitteln in Zukunft auch Betriebe des tertiären Sektors, soweit sie überregionale Dienstleistungen anbieten, gefördert werden können. Damit wurde die Möglichkeit zur Förderung qualifizierter und umweltfreundlicher Arbeitsplätze wesentlich erweitert.

Leider läßt jedoch auch dieses 7. Rahmenprogramm die von Experten schon seit langem geforderte Beschränkung auf weniger Fördergebiete vermissen. Statt dessen wurden fünf weitere Arbeitsmarktregionen zu Fördergebieten erklärt, so daß nunmehr über 60% der Fläche des Bundesgebietes – gemessen an der Bevölkerungszahl 36% – als strukturschwache Gebiete eingestuft sind. Auch die Zahl von rund 330 Schwerpunkorten erscheint angesichts der Begrenztheit der zur Verfügung stehenden Mittel nach wie vor zu hoch, um wirklich nachhaltige Wirkungen erwarten zu lassen.

Um diese Wirkungen erfassen und quantifizieren zu können, müßte jedoch zunächst einmal eine effiziente Erfolgskontrolle für die regionalpolitischen Programme institutionalisiert werden. Obwohl die Schwierigkeiten der Effizienzmessungen nicht verkannt werden dürfen, muß es als das größte Manko des neuen Rahmenplans angesehen werden, daß dies immer noch nicht gelungen ist. wei

RGW-Ratstagung

Offener Widerstand

Die Tagesordnung der kürzlich zu Ende gegangenen 32. Ratstagung des RGW in Bukarest spiegelte nicht das gesamte Diskussionsspektrum der

teilnehmenden Länder wider. Nach den Vorstellungen Moskaus sollte auf dieser Tagung eine Änderung der RGW-Statuten beschlossen werden mit dem Ziel, das bisher geltende Einstimmigkeitsprinzip für Ratsentscheidungen durch das Mehrheitsprinzip abzulösen. Daß dieser Vorstoß nicht einmal auf die Tagesordnung kam, ist auf den offenen Widerstand Rumäniens zurückzuführen, das einen zu großen nationalen Souveränitätsverzicht, verbunden mit einer stärkeren sowjetischen Stellung, befürchtete. Unterstützung soll Rumänien dabei von einigen kleineren RGW-Ländern – genannt wurden Ungarn und überraschend auch die sonst so moskautreue DDR – erhalten haben.

Die genannten Befürchtungen bestehen nicht zu Unrecht: Die Sowjetunion hatte bereits unter Chruschtschows Führung im Jahre 1962 und später im Jahre 1969 Vorstöße zur Stärkung der Entscheidungskompetenzen des RGW – hier ging es sogar um die Einführung eines zentralen Planes – unternommen, war aber jedes Mal am entschiedenen Widerstand Rumäniens gescheitert. Nun versucht Moskau über multilaterale „Sonderprogramme“ (Maschinenbau, Energie, Treibstoffe, Rohstoffe, Landwirtschaft, Nahrungsmittel), die die Grundlage für die Koordinierung der nationalen Pläne bilden sollen, und die Bildung multinationaler Gesellschaften, vor allem zum Abbau von Rohstoffen, seinen Einfluß zu stärken. Wie die anderen Mitglieder zu diesen Projekten stehen, bleibt abzuwarten; in Rumänien jedenfalls konzentrierte sich das aktuelle publizistische Interesse weniger auf die Ratstagung als vielmehr auf die zur gleichen Zeit stattfindende Tagung des rumänisch-amerikanischen Wirtschaftsrates, die von rumänischer Seite demonstrativ als „beispiellos“ in den Beziehungen beider Länder bezeichnet wurde. ud

Entwicklungsländer

Flucht nach vorn

Während sich die ungünstigen Voraussagen über die weltwirtschaftliche Entwicklung häufen und in allen Industrieländern verhaltener Optimismus oder Pessimismus die Prognosen bestimmen, gerät die Armut der Entwicklungsländer leicht in Vergessenheit. So wurde in der Vorbereitungsphase des Wirtschaftsgipfels viel von Protektionismus, Konjunkturankurbelung, abgestimmter Währungspolitik und Abbau der Arbeitslosigkeit gesprochen. Der Nord-Süd-Konflikt und das Gefälle zwischen armen und reichen Ländern wurden demgegenüber allenfalls am Rande behandelt.

Daß die Entwicklungsländer in dieser Situation die Flucht nach vorn antreten, ist nicht erstaunlich. So hat die UNCTAD kürzlich darauf hingewiesen, daß die Lage der Entwicklungsländer noch weitaus schlechter ist als die der Industriestaaten. Als Indiz werden die mit 4,5 bis 5% im Jahresdurchschnitt 1977/1978 deutlich hinter dem 6%-Ziel zurückgebliebenen Wachstumsraten der Entwicklungsländer sowie ihre steigende Verschuldung angeführt. Abhilfe – so meint die UNCTAD in ihrer Stellungnahme – könnten nur der Abbau protektionistischer Maßnahmen, die Steigerung der realen Kaufkraft der armen Länder durch höhere Rohstoffpreise und die Verlagerung geeigneter Industrien in Entwicklungsländer schaffen.

Dieser Appell sollte die Mächtigen in den reichen Ländern erneut daran erinnern, bei ihren Bemühungen um die Stabilisierung der eigenen Volkswirtschaften auch die Interessen der armen Länder nicht zu vergessen. Diese Staaten lassen sich nicht mehr mit der Variante der schnell totgesagten Lokomotivtheorie beruhigen, nach der schnelles Wachstum in den Industrieländern automatisch zur Expansion in den Entwicklungsländern führt. Notwendig sind vielmehr große Anstrengungen der Industrieländer und vor allem Leistungen für die Entwicklungshilfe in Übereinstimmung mit dem 1%-Dekadenziel. Die jüngsten DAC-Statistiken zeigen, daß die meisten Industrieländer hiervon noch weit entfernt sind. mk

Erdöl

Absehbare Verknappung

Auf der OPEC-Konferenz in Genf haben Saudi-Arabien und der Iran ihre Forderung durchgesetzt, den Rohölpreis bis Ende dieses Jahres nicht zu erhöhen. Dabei spielten der sich nunmehr erholende Dollarkurs und das zur Zeit herrschende Überangebot an Erdöl eine ausschlaggebende Rolle. Ein Anhalten der sich im Frühjahr abzeichnenden Stagnation der Ölproduktion der OPEC-Länder würde sogar zu einem Rückgang ihrer realen Exporte im Jahre 1978 führen.

Saudi-Arabien, das 1977 über ein Drittel der Erdölproduktion der OPEC-Länder und ein Viertel der Erdölreserven der Welt verfügte, wäre sicherlich auch im nächsten Jahr in der Lage, eine weitere Erhöhung der Zahlungsbilanzdefizite der OECD-Länder durch seine gemäßigte Preispolitik zu bremsen. Ob ein kurzfristig stabiler Rohölpreis auf lange Sicht im Interesse dieser Länder liegt, ist jedoch fraglich. Denn eine Verknappung der mit den herkömmlichen und relativ kostengünstigen Produktionstechniken erschließbaren Reserven um die Mitte der achtziger Jahre ist bereits heute absehbar. Eine allmähliche Ölpreisanhe-

bung würde zwar den gegenwärtig von den westlichen Industrieländern angestrebten Aufschwung erschweren, sie jedoch langfristig vor sehr hohen und vor allem ruckartigen Preissteigerungen bewahren.

Weder die Produktionsanstrengungen in der Nordsee und in Alaska, noch die bisher getroffenen Energiesparmaßnahmen reichen aus, um die Erdölimporte zu verringern. Die wiederholten Appelle der Internationalen Energieagentur (IEA) an ihre Mitgliedstaaten, die Erdöleinfuhren bis 1985 auf 26 Mill. Barrel täglich herabzuschrauben, können nicht ernst genug genommen werden. mu

Luftverkehr

Ende des Kartells?

Anfang Juni fand in Montreal eine Konferenz der International Air Transport Association (IATA) statt, deren Ergebnis nach Ansicht von Experten das Ende des internationalen Preiskartells der Luftverkehrsgesellschaften bedeuten könnte. Mit knapper Mehrheit wurde nämlich beschlossen, die bisherige Bindung der Mitglieder an die IATA-Tarife aufzuheben, um damit eine Preiskonkurrenz zu Nichtmitgliedern – d. h. primär zu den erheblich billigeren Chartergesellschaften – zu ermöglichen.

Für den Fluggast wird sich dieser Beschluß – nach erfolgter Ratifizierung durch die Regierungen – sicherlich für einige Zeit positiv auswirken: Auf vielen Routen dürften die Preise fallen. Damit würde auch die von US-Präsident Carter eingeleitete Luftverkehrspolitik des „cheap is beautiful“ ihr Ziel vorerst erreicht haben. Doch man sollte nicht nur diese Seite der Medaille sehen. Denn zu Preissenkungen würde es vermutlich nur auf den stark beflogenen Strecken kommen, auf den anderen wäre wegen geringer Konkurrenz eher mit Preissteigerungen zu rechnen. Außerdem könnten stark sinkende Preise trotz steigender Auslastung zu sinkenden Erträgen, in manchen Fällen sogar zu Verlusten führen. Der Nordatlantikverkehr ist hierfür ein Beispiel.

Es überrascht wenig, daß gerade von den kleinen Gesellschaften Afrikas und Asiens Proteste gegen den Beschluß zu vernehmen waren. Denn den Großen würde eine solche Entwicklung sicherlich nicht den Todesstoß versetzen; sie könnten – da zumeist in öffentlichem Besitz – mit Subventionen aus der Staatskasse rechnen. Und sollte es gelingen, die lästige Konkurrenz aus dem Markt zu treiben, so wären sich die überlebenden Großen sicher bald wieder einig, mittels steigender Preise zurück in die Gewinnzone zu fliegen. Ist also „cheap“ auf lange Sicht wirklich so „beautiful“? iwe